

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Anzeigenpreis: Die einpaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., die Reklamezeile 45 Pfg. Bei teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei geschl. Eintreib. od. Konturufen hinfällig wird. Erscheinungsort: Altensteig. Gerichtsstand: Nagold. Erscheint wöchentl. 6 mal. / Bezugspreis: Monatlich 1.56 Mk., die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Bei Nichterscheinen der Zeitung insolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11.

Nummer 244

Altensteig, Samstag den 18. Oktober 1930

53. Jahrgang

Große politische Aussprache im Reichstag

Das Schuldenentilgungsgesetz — Die große Aussprache zur Regierungserklärung

Berlin, den 17. Oktober.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Abg. von Lindener (Volkstom.), in der heutigen Sitzung schon den von seinen Freunden eingebrachten Gesetzentwurf anzunehmen, der die Entschädigungen auf Grund des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens sofort durchzuführen will.

Nachdem Reichsfinanzminister Dietrich und die Abgeordneten Gollweiser (Dntl.) und Dittmann (Soz.) sich damit einverstanden erklärt haben, wird der Entwurf Lindener auf die Tagesordnung gesetzt.

Zunächst kommt zu ersten Beratung des

Gesetzentwurf über die Schuldenentilgung

Ein deutschnationaler Antrag auf Verlängerung der Redezeit zu diesem Punkt wird gegen die Rechte und die Kommunisten abgelehnt. Die Redezeit wird auf eine halbe Stunde festgelegt.

Abg. Dr. Neubauer (Kom.) fragt die Regierung, warum sie noch keine wirksamen Maßnahmen gegen die Kapitalflucht ergriffen habe. Die Schweiz erziehe beinahe in dem Kapital, das von deutschen Kapitalisten dorthin verschoben wird. Der Redner empfiehlt einen kommunistischen Antrag, der schwere Bestrafung der Kapitalverschleuderer verlangt. Die Nationalsozialisten, so fährt Dr. Neubauer fort, haben einen ähnlichen Antrag eingebracht, aber sie sollten vorläufig sein; kurz vor dem Hitzepuls hat ihr theoretischer Kronleuchter Feder sein Kapital ins Ausland... Bei diesen Worten springt Abg. Feder (Nat.Soz.) auf und ruft: „Das ist eine Unverschämtheit!“ Die übrigen Nationalsozialisten rufen: „Schluß! Schluß!“

Präsident Lohde kann nur mit Mühe Ruhe schaffen. Er macht die nationalsozialistischen Zwischenrufer darauf aufmerksam, daß er nur gegen unparlamentarische Ausdrücke einschreiten könne, nicht aber gegen Behauptungen, die nach der Meinung der Angegriffenen unwahr sind. Neubauer: Die Kommunisten verlangen die Einstellung der Tributleistungen und sie würden auch das vorliegende Gesetz ablehnen.

Abg. Feder (Nat.Soz.) bezeichnet zunächst die von Dr. Neubauer gegen ihn erhobene Beschuldigung der Kapitalverschleuderung als eine Lüge. Dr. Neubauer antwortet mit dem Zuruf: „Sie unverschämter Bursche!“ Präsident Lohde ruft Feder und Neubauer zur Ordnung. Feder bekämpft dann den vorliegenden Gesetzentwurf. Irreführend sei der Name „Gesetz zur Schuldenentilgung“. Die Nationalsozialisten müßten beantragen, daß die Ueberschrift dahin geändert wird, daß es heißt „Gesetz zur Erhebung der Schulden“. (Beifallsstürmen bei den Nationalsozialisten. Zuruf links: „Das ist nun eine revolutionäre Tat!“) Wehnlich wie bei der ersten Kreuzer-Anleihe stehe auch hier höchlich im Hintergrund der Auslandsanleihe die Ueberlassung eines deutschen Monopols an das Ausland. Vielleicht werde jetzt noch die Deutsche Reichspost dem Ausland ausgeliefert. Die deutschen Finanzen werden durch die neue Anleihe auch nicht sanfter. Es wird nur ein Loch mit dem anderen zugestopft, das die ganze deutsche Regierungslust. (Beifallsstürmen bei den Nationalsozialisten.) Die wirtschaftlichen Parteien müßten diese Vorlage ablehnen und mit der Vorlage muß auch die Regierung verschwinden, denn ihre Uhr ist abgelaufen. (Lebhafte Beifall bei den Nationalsozialisten.)

Abg. Dr. Quast (Dntl.) stimmt dem Vorredner in der Beurteilung der Vorlage zu. Der Finanzminister hat von deutschen Banken nicht das Geld bekommen, das er gebraucht, das ist ein Stimmzeichen erster Ordnung. Die deutschen Banken waren dazu nicht in der Lage. Es wäre sehr gut, wenn der Minister nachher einmal deutlich sagen würde, wer denn eigentlich die Gläubiger Deutschlands sind. (Minister Dietrich: „Das wird geschehen!“) Die Regierung kann doch selbst nicht glauben, daß durch die vorliegende Anleihe die Finanzen in Ordnung gebracht werden. Es geht eben nicht, den deutschen Lebensstandard aufrecht zu erhalten und gleichzeitig aus den Mitteln des verarmten deutschen Volkes den riesigen Militarismus zu finanzieren, den die Welt je gesehen hat, den französischen. Der französische Kriegsminister hat sich einen Sonderfonds von 6-7 Milliarden anlegen lassen aus den Mitteln, die in Deutschland den Beamten und Arbeitnehmern vom Gehalt und Lohn abgezogen werden. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Ich richte über die Parteigrenzen hinweg den Appell an Sie als Männer, die doch auch ein deutsches Herz haben: Halten Sie ein auf dem Wege, unserer armen Jugend die Zukunft zu verbauen und ihr Schulden aufzuerlegen, die sie nie bezahlen kann. Helfen Sie Deutschland auf dem Wege zu Ehre und Freiheit!

Reichsfinanzminister Dietrich

der von den Nationalsozialisten mit lauten Zurufen empfangen wird, weist zunächst die Angriffe der Vorredner zurück und gibt dann eine zahlenmäßige Aufstellung der schwelenden deutschen Schuld.

Diese Schuld betrage 1,213 Milliarden.

Die große Belastung durch die gesteigerte Arbeitslosigkeit habe eine Verminderung dieser Schulden verhindert. Mit dem für die Arbeitslosenunterstützung vorgesehenen Mitteln komme man nicht

aus. Es seien 300 Millionen mehr erforderlich. Die finanzielle Lage werde unter diesen Umständen am 1. April 1931 die gleiche sein wie am 1. April 1930. Mit der in dem vorliegenden Gesetz enthaltenen Anleihe werde es gelingen, den Etat zu balancieren und die schwelende Schuld abzubauen.

Von den Nationalsozialisten werden diese Ausführungen des Ministers fortwährend durch laute Zurufe unterbrochen. Präsident Lohde erhebt wiederholt um Ruhe. Der Minister müsse doch die Möglichkeit haben, auf die Fragen zu antworten, die von den Zwischenrufern an ihn gerichtet worden seien.

Reichsfinanzminister Dietrich erklärt dann mit erhobener Stimme bei den Verhandlungen über die Auslandsanleihe habe er mit keinem Wort die Verpändung irgend eines deutschen Monopols zugesagt oder versprochen, daß Deutschland auf eine Anwendung der ihm günstigen Bestimmungen des Youngvertrages verzichtet werde.

Auf wiederholte Zurufe des Abg. Feder (Nat.Soz.) ruft Minister Dietrich: Ich muß verlangen, daß Sie mir glauben, ich bin doch kein Vagabund. Diejenigen, die zwölf Jahre mit mir in diesem Hause saßen, würden mir nie so etwas zutrauen. (Lebhafte Beifall in der Mitte. Abg. Dr. Quast: „Sprechen Sie für Ihr Ressort oder für die ganze Reichsregierung?“) Solange ich in der Reichsregierung stehe, kann ich für sie reden und solange werde ich auch nicht zulassen, daß ein anderes Regierungsglied so etwas verspricht. (Beifall.)

Einige Nationalsozialisten machen dem Minister fortwährend so laute Zurufe, daß die letzten Sätze seiner Rede kaum verstanden werden können. Am Schluß klatschen die Abgeordneten der Mitte Beifall.

Präsident Lohde erklärt, nur der Umstand, daß ihm die neuen Abgeordneten noch nicht sämtlich bekannt sind, habe ihn verzögert, gegen diejenigen, die durch dauernden Lärm die Redner überschreien, die geschäftsordnungsmäßigen Mittel anzuwenden. Er behalte sich aber vor, nach der Feststellung der Namen die Ausweisung der Redner nachträglich schriftlich zu verfügen. (Lebhafte Beifall in der Mitte.)

Abg. Keil (Soz.) führt aus, die Deutschnationalen sollten sich nicht als Paria aufspielen, denn die Reichsregierungen hätten einen großen Teil der Schuld an der Finanznot des Reiches. Die sozialdemokratische Fraktion wolle mit allen Kräften daran arbeiten, daß die Reichsfinanzen in Ordnung gebracht werden. Das liege gerade im Interesse der deutschen Arbeiterklasse. Der Redner verliest dann das Protokoll der Bernerung eines Münchener Polizeibeamten, der ausgesagt hat, der Abg. Feder habe im November 1923 von seinem Bankhaus ein beträchtliches Aktienpaket abgeben wollen mit der Begründung, er brauche es als Pfand für die Aufnahme einer größeren Geldsumme. Wenige Tage später sei der Hitzepuls ausgebrochen und Feder habe eine Verfügung erlassen, in der alle Bankabhebungen und Verschleudungen mit Strafe bedroht werden.

Von den Sozialdemokraten werden die Ausführungen mit lauten Hört! Hört!-Rufen, von den Nationalsozialisten mit großem Lärm aufgenommen. Präsident Lohde ruft mehrere Nationalsozialisten zur Ordnung.

Abg. Dr. Wang (Dntl.) bestreitet nicht den ehrlichen Willen der Regierung, meint aber, sie täusche sich völlig über die finanzielle Wirkung der Vorlage. Alle die Verheißungen, die Minister Dietrich in seinen vorjährigen Kundstreden über die deutsche Finanzentwicklung machte, seien durch die Tatsachen widerlegt worden. Der Ueberbrückungskredit sei der letzte Versuch zur Rettung eines zusammengebrochenen Systems, aber die Entwicklung werde über dieses Symptom hinwegschreiten.

Abg. Feder (Nat.Soz.) erwidert dem Abg. Keil, er habe lediglich ein entwertetes Bankdepot abgeben wollen. Abg. Keil (Soz.) antwortet, das angeblich wertlose Depot habe doch als Pfand für eine größere Summe dienen sollen.

Dieses Redebüchlein spielt sich unter großem Lärm ab. Abg. Keil wird zeitweise am Weiterreden gehindert durch fortwährende Schlußrufe der Nationalsozialisten. Der nationalsozialistische Abgeordnete Koch-Dippreuen wird wegen der Redestörungen vom Präsidenten aus dem Saal gemiesen.

In der zweiten Beratung werden deutschnationaler und nationalsozialistischer Änderungsanträge abgelehnt. Nach der zweiten Lesung wird das Schuldenentilgungsgesetz dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Hierauf wird ohne Debatte der vom Abg. Lindener-Wildan (Volkstom.) eingebrachte Gesetzentwurf über die Entschädigung auf Grund des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens in allen drei Lesungen einstimmig angenommen.

Nunmehr beginnt die

Aussprache zur Regierungserklärung

Als erster Redner aus dem Hause tritt der sozialdemokratische

Abg. Müller-Franken

an das Rednerpult. Die Nationalsozialisten verlassen darauf demonstrativ den Saal. Sie machen dabei höhnische Zurufe, die Abg. Müller mit der Bemerkung beantwortet: Sie scheinen in einer Synagogenschule erzogen zu sein! Müller erklärt, die vorliegenden Mißtrauensanträge seien eigentlich überflüssig, denn

die Entscheidung über Vertrauen oder Mißtrauen zur Regierung werde bei der dritten Beratung des Schuldenentilgungsgesetzes fallen. Die Stellung der Sozialdemokratie zu dieser Regierung werde dadurch beeinflusst, daß gegenwärtig Deutschland eine der schwersten Wirtschaftskrisen durchläuft. Wäre es anders, so würden die Sozialdemokraten sehr deutlich ihr Mißtrauen gegen Minister wie Schiele und Treutmann bekunden. Wir haben jetzt zwei Außenminister, einen für die Wahlen u. für den Hausgebrauch (Heltterkeit.) Auf diesen sollte die Vorchrift angewandt werden: Nach dem Gebrauch tüchtig zu schütteln. (Heiterkeit.) Wir werden uns aber von keiner Partei den Zeitpunkt vorzuschreiben lassen, an dem wir zum Angriff gegen dieses Kabinett vorgehen. In dieser Haltung werden wir bestärkt durch das Auftreten der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten im neuen Reichstag. Der nationalsozialistische Wirtschaftsjahresbericht hat zur Aufhebung der Zinsfestschickung eine Wirtschaftstheorie ausgearbeitet, die er vollinhaltlich abgeschrieben hat, und zwar abgeschrieben aus dem Dritten Buch Moses, Kapitel 25. Es ist bezeichnend, daß die Nationalsozialisten ihre Anleihen machen ausgerechnet bei Moses und den Propheten. (Stürmische Heiterkeit.)

Der nationalsozialistische Antrag auf Enteignung der Bank- und Börsenrenten ist nicht eingebracht worden, nachdem Herr Hitler beim Bankdirektor von Sauer geprüßelt hat. (Hört, hört!) Wir werden die Vorlage des von der Regierung angeforderten Reformprogramms abwarten und behalten uns unsere Stellungnahme dazu vor. Wir müssen aber verlangen, daß diese Vorlage parlamentarisch verabschiedet wird.

Mehrere Nationalsozialisten sind inzwischen in den Saal zurückgekehrt. Einer ruft: Sie haben das Verfallener Diktat unterschrieben!

Abg. Müller-Franken erwidert: Was ich getan habe, habe ich getan kraft Mandates des deutschen Volkes, und das werde ich jederzeit verantworten. Ich wünsche Ihnen (zu den Nationalsozialisten), daß Sie Ihre Taten auch so verantworten können. (Beifall bei den Sozialdemokraten und in der Mitte.) Von der Notverordnung betrachten wir einige Teile als unvertretbar, beispielsweise die Bürgerabgabe. Wir werden im Ausnahmefall andere Änderungsanträge stellen. Die vollständige Aufhebung dieser Notverordnung wäre aber nicht zu verantworten, wenn nicht vorher ein Eintrag geschaffen ist, weil sonst auch die Arbeitslosenversicherung verloren wäre. In der Außenpolitik stimmen wir der Erklärung des Reichsanzlegers zu. Hitler hat in der Auslandspresse ja auch erklärt, daß ein von ihm geführtes Deutschland alle Verpflichtungen peinlich genau erfüllen werde. Im Abdruck seines Interviews im „Völkischen Beobachter“ hat er freilich diese Sätze weggelassen. (Hört! hört! links.) Wir erwarten von der Regierung ein energisches Vorgehen gegen die Kapitalverschleuderung. Wir beantragen zu diesem Zweck die verschärfte Anwendung der schon im Einkommensteuergesetz gegen die Kapitalflucht enthaltenen Bestimmungen. Wir erwarten mit der Regierung, daß die Reparationslasten der deutschen Wirtschaft entsprechend herabgesetzt werden. Diese Entwicklung wird aber nicht beschleunigt durch Stahlhelmparaden. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Stöhr (Nat.Soz.) übernimmt dann zum erstenmal die Verhandlungsleitung. Er erteilt als nächstem Redner das Wort dem Abgeordneten Straßer (Nat.Soz.)

Abg. Straßer (Nat.Soz.)

verliest zunächst ein schriftlich formuliertes Aktionsprogramm der Nationalsozialisten, dessen einzelne Sätze von den Nationalsozialisten mit lautem Beifallsstürmen aufgenommen werden. Der deutsche Nationalsozialismus, so heißt es darin, ist eine aus dem deutschen Wesen entstandene und mit dem deutschen Wesen verbundene eigenständige Bewegung. Er will an die Stelle des seit zwölf Jahren bestehenden Systems der Schamlosigkeit, der Korruption und des Verbrechens die sittliche Staatsidee des Bismarck-Reiches wieder setzen. Wir wollen keinen Bürgerkrieg, sondern eine neue Ordnung. Die Verfassung kann nicht das Ziel sein. Das Ziel ist die Erhaltung der Nation. Mit uns ist die Vernunft und die Seele des deutschen Volkes. Wir wollen keine Reaktion, sondern Selbsterneuerung. Wir wollen die Erhaltung der guten Kräfte in unserem Volke. Wir wollen keine Judenverfolgung, aber wir verlangen die Ausfaltung der Juden aus dem deutschen Leben. Wir wollen eine deutsche Führung ohne jüdischen Geist, ohne jüdische Hintermänner und ohne jüdischen Presse-einfluß. Wir wollen keinen neuen Krieg, denn wir wissen, daß Europa und die Welt nur gesund können, wenn die führenden alten Kulturvölker wieder in sich gefunden. Wir scheuen aber den Krieg nicht, wenn er das letzte Mittel sein sollte, um die deutsche Selbständigkeit und soziale Freiheit wieder herzustellen. Wir wollen keine konfessionelle Hege und keine Verfolgung der christlichen Kirche. Die Diener dieser Kirche sollen aber stets bedenken, daß sie auch der Freiheit der deutschen Nation dienen müssen. Wir müssen verlangen, daß auch die übrigen Staaten die feierlich beschworene Verpflichtung zur Abrüstung durchführen. Vor allem fordern wir die Wiederherstellung der deutschen Ehre. Darum verlangen wir eine Revision der Verträge von Young bis Versailles.

Die Sanierung der deutschen Finanzen kann nicht als Voraussetzung der Revision betrachtet werden. Wenn unsere Ab-

nangen erst saniert sind, dann können wir lange auf die Revision der Verträge warten. Das deutsche Volk will Arbeit, Ordnung und Brot. (Abg. Dr. Leber (Soz.): „Und Schaulenker!“ — Heiterkeit.) Sie brauchen vielleicht Schaulenker, um Ihre Blase darin zu sehen. (Große Heiterkeit bei den Nationalsozialisten. Abg. Dr. Leber macht einen neuen Jurat.)

Vizepräsident Stöhr: Herr Abgeordneter Dr. Leber, ich ersuche Sie, nicht fortwährend provokatorische Jurate zu machen.

Abg. Dittmann (Soz.): Das Wort „Blase“ haben Sie nicht gerügt.

Vizepräsident Stöhr: Das Wort „Blase“ ist nicht unparlamentarisch. Ich bitte, meine Geschäftsführung nicht zu kritisieren.

Abg. Straßer (Nat. Soz.) fährt fort: Als Grundrecht der deutschen Verfassung verlangen wir die Proklamierung der allgemeinen Wehr- und Arbeitspflicht. Das Lohnproblem ist an dem Tage gelöst, wo die Währung wieder Scheidemünze geworden ist, wo die Lohnsumme wieder die volle Kaufkraft hat. Der Traum vom Weltindustrial- und Welthandelsstaat ohne Rückendeckung durch die heimische Landwirtschaft ist ausgeträumt.

Wir wollen die Fortführung und Verbesserung der deutschen Sozialpolitik. Wir bekämpfen deshalb die Regierungsordnung, wonach der ärmste Arbeiter 50 Pfg. für den Krankenchein zahlen muß. Wir bekämpfen aber auch die Verschwendung, die in den Krankenkassenpalästen getrieben wird. Die Sozialversicherung soll nicht eine Versorgungsanstalt für 10 000 sozialdemokratische Hausknechte sein. (Lebhafte Beifall rechts. — Jurat links: Hausknechte dürfen bloß die Nationalsozialisten!“ — Heiterkeit.) Kapitalflucht ist bei der heutigen Not so viel wie Landesverrat. Wir beantragen, daß Kapitalflucht auch ebenso bestraft wird bis zur letzten Konsequenz des Stranges. Wir haben das flehentliche Mißtrauen gegen dieses Kabinett und werden darum für jeden Mißtrauensantrag stimmen, weil wir die Politik dieses Kabinetts bekämpfen. Daneben haben wir noch persönliche Gründe zum Mißtrauen gegen die Regierung. Diesem Kabinett gehört Dr. Wirth an, der kein anderes Ziel hat, als in der Art eines Don Quixote den Kampf gegen die Windmühlen des Nationalsozialismus zu führen. Dann ist da der Außenminister Dr. Curtius, und schließlich der Wehrminister Gröner, dessen Amtsführung nicht die leiseste Idee deutschen Befreiungswillens erkennen läßt. Gröner wird seine Tätigkeit fortsetzen im Sinne des Verrats. (Große Unruhe in der Mitte. — Rufe: Gibt es keinen Ordnungsruß. — Reichskanzler Brüning erhebt sich und verläßt den Saal.) Die Sozialdemokraten unterstützen diese Regierung aus Angst vor dem Verlust der Futtertröpfe in Preußen, denn Herr Otto Braun ist durch Brüning eingeschüchelt worden wie ein hypnotisiertes Kaninchen. (Heiterkeit.) Der Sozialdemokrat Müller-Franken hat geradezu antisemitische Wendungen gebraucht. Ich erkenne dagegen an, daß Mojzes einer der tüchtigsten Gesetzgeber war. Wenn er so strenge Maßnahmen gegen den Wucher anfündigen mußte, so ergibt sich daraus, daß die Juden schon damals nicht anders waren als heute. (Heiterkeit.) Am Schluß der Straßer-Rede erheben sich die Nationalsozialisten und drehen händelkläuernd in härmische Heil-Rufe aus. Als von den Kommunisten ein Jurat kommt, rufen die Nationalsozialisten dreimal mit erhobenen Händen: „Deutschland erwache!“

Vizepräsident Stöhr: Mir wird mitgeteilt, Herr Abg. Straßer, daß Sie dem Minister Gröner den Vorwurf des Eidbruches gemacht haben. (Abg. Straßer: „Des Verrats!“) Ich muß Sie dafür zur Ordnung rufen.

Als darauf der nächste Redner, der kommunistische Abgeordnete Pief, die Rednertribüne betritt, verlassen die Nationalsozialisten, viele andere Abgeordnete und sämtliche Minister den Saal. Abg. Torgler (Kom.) ruft: „Auszug der Kinder Israels.“

Abg. Pief (Kom.)

meint, es sei bezeichnend, daß die Regierung vor einem kommunistischen Redner ausreißt, während sie den Nationalsozialisten andächtig gelauscht habe. (Ein Kommunist ruft: „Die Regierung ist eine Räuberbande!“) Tatsächlich habe der Kapitalismus nur Angst vor den Kommunisten. Der Redner fordert die Aufhebung des Verbots des Rotfrontkämpferbundes und der antisemitischen Jugendorganisation. Diese verbotenen Organisationen beständen trotz aller Verbote fort. (Die kommunistischen Abgeordneten erheben sich bei diesen Worten und bringen auf die verbotenen Organisationen ein dreimaliges „Rot-Front“ aus.) Wir verlangen die Einstellung der Zahlungen aus dem Youngplan.

Abg. Jooz (Z.)

erklärt, die Zentrumsfraktion billige die Regierungserklärung in ihrem Ziel und in den zu diesem Ziel gewiesenen Wegen. Die Zeiten sind so ernst, daß eine Aufhebung der Notverordnung nicht zu verantworten wäre. Gewisse Erfahrungen in den letzten Monaten legen es uns nahe, die soziale Auswirkung gewisser Bestimmungen der Notverordnung zu überprüfen und an ihrer Verbesserung zu arbeiten. Die Regierung hat eine große Arbeit zu bewältigen gehabt und diese Arbeit ist durch die lärmende Agitation gewiß nicht erleichtert worden. Die Weltreise kann nur durch ein Zusammenwirken der verschiedenen Länder erhoben werden. Das Verbot von agrarischer Habhaft ist lächerlich angehängt der Tatsache, daß bei Kartoffeln der Erzeugerpreis für den Zentner nur 60 Pfg., der Kleinverkaufspreis aber 2 50 bis 3 RM. beträgt. Wir begrüßen es, daß die Regierung unter Beachtung der Größe der Wirtschaft energisch auf die Senkung der Preise hinarbeiten will. Dabei darf auch nicht juristische Fiktionen werden vor Zwangsmahnahmen. Es muß gelingen, die Höhe des Reallohnes zu erhalten, wenn Regierung und Parlament mit diesem Ziel zusammenarbeiten. Das Volk wird eine solche Zusammenarbeit höher einschätzen, als Agitationsanträge, die nicht ernst gemeint sind. Der Metallarbeiterkampf ist ein Unglück und wir alle wünschen, daß er so schnell wie möglich beendet werden kann. Die Reichsregierung hat schon allein dadurch, daß sie im Amte blieb, das Vertrauen des Auslandes zu Deutschland gestärkt. Beim Gehaltsabzug der Beamten sollte eine Staffelung angewandt werden, die den Familienstand berücksichtigt. In diesem Hause sitzen 225 absolute Reinsager, die auch zu dem idealsten Programm kein Ja sagen würden. Sie nennen sich Kämpfer gegen den Marxismus und leisten doch Vorschub dem extremsten Marxismus. (Lebhafte Zustimmung in der Mitte.) Der deutschnationalen Abgeordnete Dr. Quast hat heute Ausführungen gemacht, die nur geeignet sind, das Vertrauen des Auslandes zu Deutschland zu zerstören. Mit dem bloßen Säenein gegen den Versailler Vertrag ist nichts getan, es kommt darauf an, ihn zu verändern. Die Politik beginnt da, wo Herr Straßer aufhört. (Beifall in der Mitte. Lärm bei den Nationalsozialisten.) Das deutsche Zentrum wird alles tun, um die Bestrebungen zur Revision der Verträge zu fördern. Der jetzige Reichskanzler hat zweifellos einen neuen Ton in die Außenpolitik gebracht. Mit einer Straßerrede kann man mehr Porzellan zerbrechen, als hundert kluge Politiker wieder gutmachen können. Wir werden die Regierung unterstützen bei der Arbeit, Deutsch-

land aus chaotischen Zuständen wieder zur Ordnung zu bringen. (Lebhafte Beifall in der Mitte.)

Abg. Dr. Oberjohren (Dntf.)

Die Regierung Brüning habe dem Wahlausgang in keiner Weise Rechnung getragen. In Verfassung und Mißachtung der Wahlen habe sie auch jetzt wieder Anschlag bei den Sozialdemokraten gesucht. Mit dem Hinweis auf die Weltwirtschaftskrise werde versucht, von den wirklichen Ursachen unserer Wirtschaftsnote abzulenken, von den Tributzahlungen. Weil die Regierung nicht den Mut habe, die Revision des Youngplanes zu fordern, suche sie der schweren Finanzkrise durch weitere Verschuldung und neue Belastungen zu begegnen. Seine Partei verwerfe deshalb den Sanierungsplan, weil er die Katastrophopolitik weiterführe, deren Ende das Chaos sein werde. Der Kampf gegen den Youngplan müsse mit allen Mitteln fortgesetzt werden. Der Redner empfiehlt die von Dr. Hugenberg geforderte Reparationsabgabe. Die Youngplanrevision müsse sofort in Angriff genommen werden. Erst nach der Tributentlastung sei eine innere Gesundung denkbar. Der Redner lehnt die Methoden und Auffassungen der Außenpolitik der Regierung Brüning ab. Der Außenminister habe in Genf völlig versagt. Der Redner kritisiert weiter die Handels- und Wirtschaftspolitik, die auf völlig neue Grundlagen gestellt werden müsse. Auch in den wehrpolitischen und kulturellen Fragen habe die Regierung versagt. Zum Schluß verlangt der Redner eine Regierungsreform, die dem Votum des deutschen Volkes Geltung verschafft und spricht der Regierung Brüning das Mißtrauen aus. (Beifall rechts.)

Abg. Dingeldey (D. Sp.)

führt aus, die erste Forderung dieser ersten Zeit sei es, daß dem deutschen Volk mit rücksichtsloser Offenheit der ganze Ernst der Lage von der Regierung geschildert werde. Die Weltberufsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist so erschwert, daß es jetzt vor allem darauf ankommt, die Wirtschaft von jenen drückenden Lasten zu befreien, die ihr den Wettkampf mit dem Ausland erschweren. Wir begrüßen es, daß die Regierung nach der Ernennung des Kanzlers bestrbt ist, an der Senkung der Selbstkosten anderer Wirtschaft zu arbeiten. Nur auf diesem Wege kann die notwendige Senkung der Preise erreicht werden. Nur durch Arbeitszeitverlängerung kann die Wurzel der Arbeitslosigkeit niemals beseitigt werden. Wenn die Sozialdemokraten die Notverordnung in den wesentlichen Punkten ändern will, dann erwarten wir von der Regierung, daß sie sich solchen Änderungen energisch widersetzt. Die Deutschnationalen, die heute so eifrig die Revision des Youngplanes verlangen, haben vor einem Jahre den Youngplan vor allem mit dem Argument bekräftigt, daß er unabänderlich sei. Wie verträgt sich das miteinander?

Es wäre aber gar nicht möglich, heute von Revisionsmöglichkeiten zu sprechen, wenn die Franzosen noch am Rhein ständen. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist eine verwerfliche und abscheuliche Methode, andere zu beschimpfen und herabzumühen, obwohl sie mindestens so vaterländische fühlen wie Sie. (Zu den Nationalsozialisten.) Wir wollen den Geist der Wehrfähigkeit in unserem Volke fördern, aber wir weisen die Angriffe zurück, die von Ihnen gegen den Reichswehrminister gerichtet werden. Es darf nicht vergessen werden, mit welcher Fähigkeit Reichswehrminister Gröner die Verfassung der Flotte gegen widerstrebende Strömungen des Parlaments durchgesetzt hat. Heute kommt alles darauf an, die aufbauende Zusammenarbeit der führenden Männer aus dem Lager der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Überwindung der furchtbaren Wirtschaftskrise zu ermöglichen. Wir erwarten, daß die Regierung sich von ihrem Wege nicht abdrängen lassen wird. Würden die Nationalsozialisten gezwungen sein, in der Reichsregierung mitzuarbeiten, so würde heute ihr Redner wohl leiser und vernünftiger gesprochen haben. (Lärm bei den Nationalsozialisten.) Wir erwarten von der Regierung, daß sie in diesem Winter unbeeinträchtigt durch Fraktionseinflüsse den Weg ruhiger Reformarbeit gehen wird.

Dr. Weber-Potsdam (StP.)

Die Nationalsozialisten rufen: „Sie sind ja noch gar nicht daran, Sie haben doch keine Fraktion!“ Dr. Weber erwidert: „Sie waren im alten Reichstag doch noch schwächer als wir jetzt.“ Dr. Weber schließt sich der Meinung anderer Redner an, daß die gegenwärtige Krise eine Weltwirtschaftskrise sei. Die Maßnahmen, mit denen man der Landwirtschaft helfen wollte, hätten sich als verfehlt erwiesen. Viel notwendiger sei eine bessere Absatzorganisation. Mit Zöllen sei nichts zu machen, sonst müßte der Weizenpreis weit höher sein. Die unannehme Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen müßte verschwinden. Wir freuen uns, daß der Reichskanzler auf einen Preisabbau hinwirken will. Die Kartelle müßten unter Staatsaufsicht genommen werden. Wir verurteilen die Kapitalflucht aufs Schärfste, aber mit den hier beantragten Maßnahmen wird sie nicht verhindert, sondern eher verstärkt werden, denn die Ursache der Kapitalflucht ist mangelndes Vertrauen zur deutschen Regierung und zur deutschen Wirtschaft. Die Wirtschaft kann sich nur allmählich erwidern, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer einträchtig zusammenwirken. Wir bedauern, daß es in der Metallindustrie zum Kampf gekommen ist. Wenn es zum Lohn- und Gehaltsabbau kommt, dann muß verlangt werden, daß die leitenden Persönlichkeiten in den Unternehmungen mit bestem Beispiel vorangehen. (Beifall.) (Abg. Dr. Göbbels (NS.) wird zur Ordnung gerufen, weil er den Redner „Clown“ genannt hat.) Die Aufhebung der Notverordnung lehnen wir ab, aber wir werden im Ausschuss an ihrer Verbesserung mitarbeiten. (Rufe bei den Nationalsozialisten: „Sie kommen ja gar nicht in den Ausschuss!“ — „Das wird sich finden!“ — Abg. Frid (Nat. Soz.): „Wie lange hat der Splitter noch Redezeit?“) Die Reichsreform soll schleunigst durchgeführt werden. In der Außenpolitik wird sich für Deutschland auch in Zukunft nur etwas Erreichten lassen auf dem Wege vernünftiger Verhandlung. Nur auf dem Boden des parlamentarischen Systems wird Deutschland vorankommen.

Abg. Leicht (Nat. Sp.)

Ein ereignisreiches Ereignis haben wir heute erlebt mit der einstimmigen Annahme des Polenbeschützengesetzes. Das hat in mir die Hoffnung erweckt, daß wir auch einmütig sein werden in dem Willen, die letzte Krise möglichst schnell zu überwinden. Nur über das Wie sind wir nicht einig. Mit aufreizenden Reden und einseitigen Beschlüssen ist es nicht zu erreichen. Das Reformprogramm der Regierung warten wir ab, aber in der Anfänglichkeit sind einige Punkte, gegen die wir Bedenken haben. Dem deutschen Volk sind jetzt Opfer auferlegt, die es auf die Dauer nicht tragen kann. Darum ist die Revision der Reparationsbestimmungen unbedingt notwendig. Sie liegt auch im Interesse des Auslandes. Die wirtschaftliche Sanierung ist die Schutzwehr gegen die Radikalisierung. Dem Anwesen der Kartelle und Trusts muß begegnet werden. Wir brauchen auch einen Schutz land- und forstwirtschaftlicher Produkte gegen das Ausfuhrdumping mancher Länder. Die viel zu große Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen bei den Agrarprodukten muß vermindert werden. Der Redner wendet sich dann scharf

gegen die Nationalsozialisten und schließt: Sie schwören auf das Hakenkreuz, aber es ist doch nur eine Verhöhnung eines uns ehrwürdigen Zeichens und in diesem Zeichen werden wir stehen! (Beifall.)

Auf Vorschlag des Präsidenten wird hierauf die Fortsetzung der Aussprache auf morgen vertagt.

Präsident Lohde erklärt: Der Abg. Dreber (NS.) hat gegen den ihm von mir erteilten Ordnungsruß Einspruch erhoben. Ich weiß, daß er sich an den störenden Zwischenrufen sehr ausgiebig beteiligt hat. Wenn er aber erklärt, daß er um die Zeit des Ordnungsrußes still gesessen sei, muß ich ihm glauben. Ich hole diesen Ordnungsruß zurück.

Abg. Leber (S.) ruft: „Auf einen Reineid mehr oder weniger kommt es denen nicht an!“ — Lärm bei den Nationalsozialisten.

Dr. Leber wird wegen dieses Jurates vom Präsidenten Lohde aus der Sitzung ausgeschlossen. Präsident Lohde ruft wegen Störungen bei der Rede des Reichsfinanzministers die nationalsozialistischen Abgeordneten Heines, Bräuner und Reinhardt zur Ordnung.

Es folgt die zweite Beratung der Vereinbarung mit Finnland wegen Aenderung der Butter- und Käsefälle im deutsch-finnischen Handelsabkommen. Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten wird das Abkommen in erster und zweiter Beratung angenommen.

Die dritte Beratung wird auf Samstag, 11 Uhr, vertagt. Auf der Tagesordnung der Samstagssitzung steht auch die dritte Beratung des Schuldenentlastungsgesetzes.

Anträge im Reichstag

Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei hat einen Antrag eingebracht, der die Reichsregierung ersucht, sämtliche im Youngplan vorgesehenen Maßnahmen zur unersetzlichen Verbesserung eines Zahlungsausschusses einzuleiten mit dem Ziele, im Rahmen des neuen Planes keine Zahlungen zu leisten.

Der angekündigte Antrag der Nationalsozialisten, über die Entleerung der Bank- und Börsenbüchsen liegt jetzt gleichfalls dem Reichstag vor.

Die parlamentarische Lage

Berlin, 17. Okt. Die Aussprache im Reichstag am Samstag wird verhältnismäßig kurz sein. Nach den Redner der Landvolk- und Wirtschaftspartei kommt die zweite Garnitur der Fraktionsredner an die Reihe, wobei sich aber verschiedene Parteien Zurückhaltung anerkennen wollen. Es ist dabei auch eine zweite Rede des Kanzlers zu erwarten. Mit der Abstimmung wird eher für Samstagabend gerechnet. Man wird die Notverordnung an den Ausschuss überweisen und darauf über den so. Antrag abstimmen: Übergang zur Tagesordnung. Dadurch würden alle die Mißtrauensanträge erledigt. Man rechnet mit der Annahme des weitgehendsten Antrages, worauf eine Vertagung des Reichstags bis Dezember stattfinden wird, um die Ausschüsse arbeiten zu lassen.

Deflation der Regierungstrüben

Berlin, 18. Oktober. Während bei den früheren Reichstagsitzungen allgemein aufgefallen ist, daß die Regierungstrüben überaus stark von Ministerialbeamten besetzt waren, insbesondere an sog. „großen Tagen“, ist jetzt, um diesem unhaltbaren Zustand abzuhelfen, wie die Blätter berichten, eine Verfügung des Reichskanzlers ergangen, in der bestimmt wird, daß nur die Staatssekretäre, und nur in besonders dringenden Fällen die Ministerialdirektoren Zutritt zur Regierungstrübe haben.

Die Lage im Metallarbeiterstreik

Berlin, 17. Okt. Im Metallarbeiterstreik läßt sich auch heute keine Veränderung der Lage melden. Lediglich die Zahl der Streikenden bei Siemens hat sich weiter vergrößert. Von Arbeitgeberseite wird infolgedessen heute die Gesamtzahl der Streikenden mit 105 000 bis 110 000 berechnet. Sie nähert sich also den vom Metallarbeiterverband angegebenen Ziffern.

Die Metallindustriellen nehmen den Schiedspruch an

Berlin, 17. Okt. Wie wir erfahren, ist im Reichsarbeitsministerium eine Mitteilung der Berliner Metallindustriellen eingegangen, in der die Zustimmung zu dem Schiedspruch über die Herabsetzung der Arbeiterlöhne erklärt wird.

Neue Ausschreitungen Streikender am Wedding

Berlin, 17. Oktober. In dem unruhigen Gebiet im Stadtteil Wedding sammelten sich heute nachmittags gegen 3 Uhr zahlreiche Streikende, die der R.P.D. angehören, so daß der Verkehr in starker Weise behindert wurde. Die Polizei sistierte vier Personen, von denen eine ein feststehendes Messer trug und die anderen drei sich wegen Nichtbefolgung polizeilicher Anordnungen zu verantworten haben werden. Bei der Zerstreung der Menge mußte die Polizei wiederholt vom Gummiknüppel Gebrauch machen. Die Sistierten sind der Abteilung Ia des Polizeipräsidiums übergeben worden. Gegen 4 Uhr nachmittags kam es im Nationalhof Bülowstraße 37, wo eine Arbeitslosenversammlung des Deutschen Gewerkschaftsbundes stattfand, zu Störungen. Die Polizei schritt ein und nahm drei der R.P.D. angehörige Personen fest. Auch sie wurden der politischen Polizei übergeben.

Neues vom Tage

Die Kapitalflucht

Berlin, 18. Oktober. Zu den Angaben über den Umfang der deutschen Kapitalflucht in die Schweiz, der von schweizer Seite auf hohe Summen beziffert wird, berichtet der „Börsenkurier“, daß nach Schätzungen maßgeblicher deutscher Kreise nur etwa der zehnte Teil dieser Summen zutreffend sein dürfte, da die Reichsbank in den letzten vier Wochen nur 1 Milliarde Baluten eingebüßt habe und hiervon nur ein Teil auf die Kapitalflucht, ein anderer auf Geldkündigungen des Auslandes und auf Umwandlungen ausländischer Reichsmarkguthaben in Devisen zurückzuführen sei. Eine andere Devisenquelle als die Reichsbank sei aber, wenn man von unbedeutenden Devisenzuflüssen aus der Handels- und Zahlungsbilanz absehe, nicht vorhanden gewesen.



Aus dem preussischen Landtag

Im weiteren Verlauf der Sitzung des preussischen Landtages kam es zu äußerst hitzigen Zusammenstößen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, die zu einer Schlägerei ausarten drohten. Präsident Bartels verließ seinen Präsidentenstuhl, so daß die Sitzung damit unterbrochen war. Die Ursache zu diesem Krawall bildete die Weigerung sozialdemokratischer Abgeordneter, sofort über einen kommunistischen Antrag zum Berliner Metallarbeiterstreik zu verhandeln.

Ford erhöht die Löhne in Berlin

Berlin, 17. Okt. Wie die „B.Z. am Mittag“ meldet, erhöht die Ford Motor Company in Berlin die Löhne für ihre Arbeiter um 10 bis 30 Pfg. für die Stunde. Durch diese Maßnahme sollen der Grundlohn Fords, seine Arbeiter durch möglichst hohe Löhne zu gesteigerten Leistungen anzuspornen, betont werden.

Züheres Ausscheiden von Generaloberst Hege aus dem Dienst

Berlin, 17. Okt. Generaloberst Hege hat gebeten, den auf den 30. November 1930 festgesetzten Termin seines Ausscheidens aus dem Dienst auf den 31. Oktober 1930 vorzulegen. Im Hinblick auf die jetzige politisch besonders bewegte Zeit hält er im Interesse des Heeres es für geboten, daß die Uebergabe der Geschäfte an seinen Nachfolger jetzt beendet wird, damit wieder ganz klare Befehlshaberhältnisse in der Heeresleitung geschaffen werden. Der Herr Reichspräsident hat dem Antrage stattgegeben. Generaloberst Hege ist seinem Antrage gemäß bis zum Tage seines Ausscheidens beurlaubt worden. Die Geschäfte des Chefs der Heeresleitung versteht Generalmajor Freiherr von Hammerstein.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 18. Oktober 1930.

Der Herbst als Landschaftsmaler. Die Natur ist unzweifelhaft eine große Künstlerin. Wer gewohnt ist, im Herbst in seiner Freizeit hinaus in die nähere und weitere Umgebung zu wandern, kennt das eigentümliche Farbenspiel, das die absterbende Natur in vielfachen Variationen hervorruft. Da übertrifft etwa bei einer Talschaft, die zwischen ansteigenden Laubwäldern eingebettet liegt, der jeltjame Kontrast der grau, mattgrün und erdigbraun, schon gleichsam von Schatten überlagerten Acker- und Wiesentreiben mit den größtenteils lebendigen, munteren Farbtönen des Mischwaldes. In der Ebene fängt der Herbst, besonders im sinkenden Tageslicht, schon an, bedenklich trübe zu malen. Er setzt düstere Farben, die allerdings symbolisch sind, um dafür am Laub seine ganze über-

mütige Farbenfreude auszuboten. Da streicht sein anscheinend willfürlich geführter Pinsel tiefes und helles und rostig-braunes Rot durch verbläutes Grün, sentimentales Violett mischt sich mit grellen gelben Farbtönen und bunt rauschen im Wind die Farbenwellen auf und nieder. Er läßt über Technik und Komposition, der Maler Herbst. Farben will er sehen, strahlende, kräftige, frohe und auch dunkle, schwere. Sie dienen auch nur dem Anblick, seine Gemälde entstehen heute in dieser Gestalt und morgen fährt sein Gehilfe, der Wind, ins bunte Farbenreich, löst aus, läßt schwarzgrüne Flecken entstehen, die, sich vergrößernd, begierig wie der Tod, nach dem noch ringsum sich haltenden Leben greifen. Oder die köstliche Herbstsonne kommt ihm zu Hilfe und retuschiert mit ihren Strahlen so lange in seinem Gemälde herum, bis alle Farben, alles Schwere, Düstere, Graue von jenem warmen Goldton überhaucht ist, der den Maler Herbst befriedigend lächelnd auf sein Werk blicken läßt.

Reichstagsbericht. Die Reichstagsarbeiten haben begonnen und sind von einer Bedeutung wie kaum einmal zuvor. Wenn wir deshalb ausführlich darüber berichten, so betrachten wir dies als unsere Pflicht den Lesern gegenüber. Leider schenken nicht alle Leser den Reichstagsberichten Beachtung. Wir sagen „leider“ deshalb, weil dieser Teil der Leser nie politisch reif ist und sich kein eigenes Urteil über die Parteien und ihre Arbeit im Reichstag bilden kann. Es sind jene Wähler, die bei den Wahlen in der Regel mit dem Wahlrecht nichts anzufangen wissen und keine eigene Ueberzeugung haben. Dieser Reichstag kann tatsächlich eine Schwelgenwende für das deutsche Volk werden. Es ist deshalb angebracht, die Vorgänge im Reichstag genau zu verfolgen. Der Reichstagsbericht ist kein so trockener Stoff, wie man vielfach glaubt. Man darf sich nur richtig darin vertiefen, dann ist es oft eine außerordentlich interessante und politisch sehr lehrreiche Lektüre. Wenn wir bei der nun begonnenen großen Aussprache im Reichstag dieser in unserer Zeitung einen großen Platz einräumen, so hoffen wir, unseren Lesern damit einen Dienst zu tun und möchten diese bitten, den Berichten auch die nötige Aufmerksamkeit zu schenken.

Gemeinschaftskonferenz. Wie alljährlich, so wird auch dieses Jahr am Kirchweihmontag nachmittags 2 Uhr in der Kirche zu Pfalzgrafenweiler eine Konferenz der altprotestantischen Gemeindeführer stattfinden. Als Redner werden u. a. dienen: Evangelist Adelhelm und Gemeindepfleger Fuhs aus Reutlingen. Jedermann ist herzlich willkommen.

Berndt, 18. Oktober. (Schulhausneubau. — „Storchbesuch.“) Gestern wurde hier mit den Bauarbeiten zum neuen Schulhaus, das auf den leitherigen Viehmarkt zu stehen kommt, begonnen und der erste Spatenstich gemacht.

Die Bauarbeiten werden von Maurer Göh hier und einem Unternehmer von Martinsmoos ausgeführt. Hoffen wir, daß über den Arbeiten ein guter Stern waltet. — Am Donnerstag gab anlässlich der Vermählung des hiesigen Lehrers ein „Storch“ auf dem alten Schulhaus eine Gastrolle und wurde von Alt und Jung bestaunt. Verschiedene wollten gesehen haben, wie Freund Udebar sich zum Abflug rüstete. Der Storch wollte aber scheinbar nicht recht gelingen, so daß er letzten Endes eben heruntergeholt werden mußte und hoffentlich einen Ehrenplatz bei den Jungvermählten erhielt.

Herrenberg, 16. Oktober. (Gut abgelaufen.) Gestern Abend geriet in der Herder Straße ein Motorrad plötzlich in Brand. Rasches, besonnenes Zugreifen des Fahrers und einiger Passanten verhütete größeres Unheil.

Letzte Nachrichten

Der Abschiedsgruß

Berlin, 18. Oktober. Der Hochmeister des Jungdeutschen Ordens hat, dem „Demokratischen Zeitungsdienst“ zufolge, ein Rundschreiben an die Führer der Volksnationalen Reichsvereinigungen und die Meister des Jungdeutschen Ordens erlassen, in dem es u. a. heißt:

„Die Wahlschulden werden in den meisten Fällen eine Angelegenheit der Staatspartei sein. Da wir nicht mehr zu ihr gehören, kann man nicht von uns verlangen, daß wir an der Bezahlung dieser Schulden teilnehmen.“

Gefängnisstrafe wegen Beleidigung des Reichswehrministers

Berlin, 17. Oktober. Einer Meldung des „Berliner Tageblatts“ zufolge verurteilte das Schöffengericht in Hamburg einen nationalsozialistischen Werber, der sich in einem Café an zwei Reichswehrsoldaten herangemacht hatte, um sie unter Beschimpfung des Reichswehrministers Gröner für die Nationalsozialistische Arbeiterpartei zu bestimmen, wegen Beleidigung des Reichswehrministers zu einer Gefängnisstrafe von einem Monat. Die Reichswehrleute hatten die sofortige Feststellung des Mannes veranlaßt.

Ueberraschung auf den Kassierer des Laibacher Zollamtes

Belgrad, 17. Oktober. Wie aus Laibach gemeldet wird, drangen heute Abend drei Männer in den Kassenraum des Zollamtes ein und verletzten den Kassierer Pantelitsch durch mehrere Revolvererschüsse. Als auf die Detonationen hin die Beamten des Zollamtes herbeieilten, ergriffen die drei Männer die Flucht. Pantelitsch ist im Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen. Die Polizei hat sofort die Untersuchung des Falles aufgenommen.

Druck und Verlag der W. Kieker'schen Buchdruckerei, Altensteig.

Altensteig-Stadt.

Straße gesperrt.

In der Bahnhof-, Post- und oberen Talstraße werden Bauarbeiten vorgenommen. Die Straßen werden in kürzeren Strecken in Arbeit genommen und müssen daher jeweils in Teilstrecken über die Dauer der Arbeiten für jeden Fahrverkehr gesperrt werden.

Umleitung erfolgt, soweit dies möglich ist, über die Rosen-, Schloßberg-, Garten-, Halden- und Egenhauserstraße, die Schloßbergstraße kann aber nur mit leichteren Fahrzeugen befahren werden.

Den 25. September 1930.

Stadtschultheißenamt.
gez. P f i z e n m a i e r.

Tuberkulosesprechstunde

ausnahmsweise Dienstag, den 21. Oktober
von 2 Uhr ab im Bezirkskrankenhaus.
Amtsärztliche Sprechstunde von 10—12 Uhr.

Am Montag, den 20. Oktober 1930 ist die

Stromzuführung

von
12—5 Uhr nachm. unterbrochen
Städt. Elektrizitätswerk.

Der Unterricht

in der **Städt. Frauenerwerbschule Altensteig**

beginnt Dienstag, den 21. Oktober, morgens 8 Uhr.

Neuanmeldungen können noch entgegengenommen werden. Auswärtige Schülerinnen haben kein erhöhtes Schulgeld zu entrichten.

Die Lehrerin: Steiger.

Butterpergamentpapier

empfiehlt die
W. Kieker'sche
Buchhandlung.

Schon 30 Jahre fahre ich ihr Edelweißrad und es ist immer noch ganz gut und geschont habe ich es auch nicht. So schrieb aus
Herr Schmiedes
maister Menzel



Fahrradszubehö
r aller Art Edel
weiß-Nähma
schinen mit An
leitung zur Selbst
erlernung des Sto
prens von Wäsch
en und Strümpfen
und zur Herstellung
wunderschöner Si
ckelereien
auf jeder Nähma
schin sende wir an
jeden kostenlos
und ohne Kaufzwang.
— Von uns erhalten
Sie nicht irgend ein
Fahrrad oder irgend
eine Nähmaschine,
sondern das
gute Edelweißrad
und die gute Edel
weiß-Nähmaschine.
Wir führen nur
unsern guten und
berühmten Marken
Edelweiß, also
keine minderwertigen
Fahrräder und Näh
maschinen und auch
keine mit andern
Namen. Bisher über
1/2 Million geliefert.
Das konnten wir
doch nimmermehr,
wenn Edelweiß
rad und Nähma
schin nicht gut und
billig wäre.

Edelweiß-Decker, Deutsch-Warlenberg Z55
Fahrradbau — Leistungsfähigkeit pro Woche 1000 Edelweißräder

Schreinerarbeiten

für jeden Bedarf und
gewünschten Aus
führung, besonders
Schlafzimmer Wohn
zimmer

Formschön

Herrenzimmer,
Küchen- und Einzel
möbel

bekannt gut

empfiehlt

**Fr. Kohler, Schreinermeister
Altensteig**

Bestellungen auf

Gelberüben

zu Speise- u. Futterzwecken
nimmt entgegen.

W. Schnierle.

Einen 5 jährigen



**Braun
wallach**
(Bayer-
(Schlag)
verkauft mit jeder Garantie.
Laufte auch gegen Bleh.
Chr. Geigle, Efferingen.

Defen
Herde
Waschkessel
Fleischränder
**Kartoffel-
Wäscher**
empfiehlt billigt in
großer Auswahl
Paul Frey,
Kupfer Schmied, Altensteig

Altensteig

Viehverkauf.

Am nächsten Montag von morgens 8 Uhr ab habe ich in meiner Stallung im Gasthaus zur „Traube“ in Altensteig einen Transport

schöne hochträgliche Kühe
und
junge frischmelkende Kühe
sowie eine große Auswahl
Jungvieh



zum Verkauf, wozu Liebhaber freundlich einladet.

Mag Fürndorfer, Rellingen.

Zur Saat

empfiehlt:

Drig. Kirsches Stahlroggen

überlegen winterfest, überall ertragreicher

Drig. Kirsches Nordlandweizen

hervorragende Neuzucht, sehr ertragreich, lagerfähig und widerstandsfähig auch für geringere Weizenböden.

Landw. Bezugs- u. Absatzgenossenschaft

eingetragene Genossenschaft m. b. H.
Altensteig, Nagold und Umgebung
Geschäftsstelle Fernspr. Nr. 85

Altensteig

Verkaufe eine

junge Kuh



hochträchtig und eine junge Kuh mit Kalb, letztere mit Ohrmarke.

Karl Silber, Mühle.



Gasthof z. „Grünen Baum“

Kirchweih-Sonntag, nachmittags 4 Uhr

musikalische Unterhaltung und Tanz

Abends 8 1/2 Uhr.

Unter Mitwirkung der Stadtkapelle Altensteig.

Prima Süßen

hat im Ausschank und empfiehlt



Lenk z. „Schiff“
Altensteig

Achtung!

Am Kirchweih-Sonntag

große Tanz-Unterhaltung

im Saalbau z. „Sternen“ in Pfalzgrafenweiler

Anfang nachmittags 2 Uhr

wozu höflichst einladet

die Musikkapelle und der Wirt.

Neber Kirchweih hat

Süßen Markgräfler

im Ausschank

Karl Theurer

Kalmbach zum „Stern“
und Luz zum „Bad“

Ein in der dortigen Gegend stehendes, fast neues

Pfeiffer-Pianino

ist miet- oder kaufweise günstig abzugeben.

Sofortige Zuschriften erbeten an

Flügel- und Klavierfabrik Carl A. Pfeiffer
Stuttgart, Silberburgstr. 120-124 a.

Verpachtung

an der Spielberger Straße, Nähe Silbers Häusle, ist ein

ca. 36 ar großes Feld

zu verpachten, evtl. auch zu verkaufen.

Wer — ? fragt die Geschäftsstelle des Blattes.

Cristallzucker

zur Mostbereitung

empfiehlt zu billigsten Tagespreisen.

Vandw. Bezugs- u. Ablosgenossenschaft
eingetr. Genossenschaft m. b. H.
Altensteig, Nagold und Umgebung
Geschäftsstelle. Fernsprecher Nr. 85.

Herzliche Einladung
zur
**Gemeinschafts-
Konferenz**
am Kirchweihmontag, nach-
mittags 2 Uhr in der Kirche
in Pfalzgrafenweiler.

Altensteig

Wintermäntel Lodenmäntel

sowie ein reichhaltiges Lager in

Anzug- und Mantelstoffen

empfiehlt zu den billigsten
Preisen

Karl Rübler
Herrenkleidergeschäft

Reste

in Schürzenzeugle
Hemdenflanelle
Kleiderstoffen
Wachstuche
in schöner Auswahl
weit billiger wie Stück-
ware bei

Hans Schmidt, Altensteig

Für die Kirchweih

empfiehlt billigt

in

Fildersauerkraut

sowie sämtliche

Bäckartikell

Konsum- u. Sparverein
Nagold und Umgeb.
e. G. m. b. H.

Turnverein Altensteig.

Morgen Sonntag
auf dem Sportplatz

Handball-

Wettspiel

Zv. Galm II, Zv. Altensteig II
Spielbeginn 2 Uhr.

Zv. Galm I Zv. Altensteig I
Pflüchspiel / Spielbeginn 3 Uhr

Jedermann ist febl. eingeladen.



Kupferne Wärmflaschen

blank und rot mit und
ohne Deckel in ver-
schiedener Größe und
Ausführung.
Selbstgemachte, innen
verzinkt, empfiehlt
billigt

Paul Frey,
Kupferschmied, Altensteig.

Kirchliche Nachrichten.

Ev. Gottesdienst.

19. Oktober, Kirchweihfest,
Vormittagsgottesdienst um
10 Uhr mit Predigt über
1. Joh. 4, 7-12: Bruder-
liebe. Heb 98, 249.

Der Kindergottesdienst fällt aus
Vorm. 1/29 Uhr Christenlehre
mit den Söhnen.

Abends 8 Uhr Gemeinschafts-
stunde.

Am Dienstag abend fällt die
Bibelstunde aus.

Methodistengemeinde.

Sonntag, den 19. Okt. vor-
mittags 9 1/2 Uhr Predigt
Vormittags 10 1/2 Uhr Sonn-
tagsschule.

Nachmittags 3 Uhr Jugend-
bund in Pfalzgrafenweiler.

Abends 7 1/2 Uhr Predigt.

Wittwoch, den 22. Okt. abds.
8 Uhr Bibel- und Gebets-
versammlung.

Preuss.-Südd. Klassen-Lotterie

348 000 Gewinne und 2 Prämien

im Gesamtbetrag von nahezu

114 Millionen RM

Höchstgewinn (1/9 des amtl. Lotterietplans)

20 000 000 RM

Weitere Hauptpreise:

2 Prämien zu je **500 000 RM**

2 Hauptgewinne zu je **500 000 RM**

2 Hauptgewinne zu je **300 000 RM**

2 Hauptgewinne zu je **200 000 RM**

12 Hauptgewinne zu je **100 000 RM**

und viele andere mehr

Ziehung 1. Klasse 24. u. 25. Okt. 1930

Los pro Klasse 5,- 10,- 20,- 40,- 80,-

Porto und Liste extra

GOTTWICK

Staatl. Lotterie-Einnehmer

Stuttgart, Schloßstr. 8, Königsbau

Permal 2161/42, Postfachkonto 8110 Stuttgart

Jakob Keck

Sofie Keck

geb. Hartmann

Vermählte

Altensteig, den 18. Oktober 1930.

Helene Rentschler

Fritz Grosshans

grüßen als Verlobte

Oberweiler

Fünfbronn

Oktober 1930.

Maria Kübler

Peter Großhans

grüßen als Verlobte

Hünserberg

Aichhalden

Kirchweih 1930.

Ebhhausen — Hornberg.

Hochzeits-Einladung.

Wir erlauben uns, Verwandte, Freunde und
Bekanntete zu unserer
am Kirchweih-Montag, den 20. Oktober 1930
im Gasthaus zur „Sonne“ in Ebhausen statt-
findenden Hochzeitsfeier freundlichst einzuladen.

Gottlieb Bollmer

Mechaniker
Ebhausen

Christine Bollmer

geb. Lang
Tochter des
† Jakob Lang
Hornberg

Kirchgang um 11 Uhr in Ebhausen.

Zwerenberg.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und
Bekanntete zu unserer
am Dienstag, den 21. Oktober 1930
im Gasthaus zum „Dahjen“ in Zwerenberg statt-
findenden Hochzeitsfeier freundlichst einzuladen.

Wilhelm Hammann

Zwerenberg

Anne Böhmler

Ludwigsburg

Trauung 12 Uhr.

